

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

10.5.1868 (No. 111)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Mai.

N. 111.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 6. d. Mts. wurde dem Generalmajor Adolph Freiherrn von Weiler, Garnisonskommandant in Kehl, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis erteilt, das ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene Kommandeurkreuz des Leopold-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Mai d. J. gnädigst geruht, den Bezirksförster Schrödel von Odenheim auf die Bezirksforstei Steinbach zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Wien, 8. Mai. Das „N. Fremd-Bl.“ erfährt aus Parlamentskreisen: Angesichts der Vertagung des Reichsraths werde man nur das Defizit von 1868 decken, und zwar wahrscheinlich durch eine Woproz. Couponsteuer, und die definitive Lösung der Finanzfrage einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. In kirchlichen Kreisen geht das Gerücht, der ehemalige Justizminister Hye soll nach Rom gehen, um die dortigen Verhandlungen fortzusetzen.

Wien, 8. Mai. Der Berichterstatter der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses hat den mit dem Zollverein abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrag zur Annahme empfohlen. Es ist zweifellos, daß die Kommission diesen Antrag sich aneignet.

### Deutschland.

Karlsruhe, 9. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 33 enthält

1. Allerhöchstlandesherrliche Verordnung, die Festsetzung der Rekrutenquote aus der Altersklasse von 1848 betreffend. Dieselbe enthält folgende Bestimmungen: § 1. Die zur Ergänzung der Linie erforderliche Zahl der auszubehenden Rekruten aus der Altersklasse von 1848 wird in Gemäßheit des Gesetzes vom 12. Febr. d. J. auf 4700 Mann festgesetzt.

§ 2. Die in § 1 festgesetzte Zahl der auszubehenden Rekruten ist von dem Ministerium des Innern nach § 41 des Wehrgesetzes vom 12. Febr. d. J. auf die einzelnen Aushebungsbezirke zu vertheilen und die Vertheilung durch das Regierungsblatt bekannt zu machen; das Kriegsministerium aber hat sich am Schluß des Jahres 1869 über die Verwendung der Mannschaft dem Großh. Staatsministerium auszuweisen.

§ 3. Die Großh. Ministerien des Kriegs und des Innern sind mit dem weiteren Vollzug der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Großh. Ministeriums des Innern: a) Den Vollzug des Wehrgesetzes, hier die Konstituierung der Prüfungskommission für Freiwillige auf ein Jahr betreffend. Darnach wird die Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern vom 18. März d. J. dahin ergänzt, daß von dem Großh. Kriegsministerium Hauptmann Gehbel von Harrant als Stellvertreter eines der unter Ziffer 2 genannten militärischen Mitglieder im Fall der Verhinderung ernannt wurde. b) Die Staatsprüfung der Kandidaten der Gesamthellkunde betreffend. Darnach wurden von sieben Kandidaten der Gesamthellkunde, welche sich bei der jüngsten Prüfungsprüfung eingefunden haben, Nachbenannte von dem Großh. Obermedizinalrath zur Ausübung dieses Berufes für befähigt erklärt: F. Neumann von Stöckach, R. Herth von Buchen, S. Schweizer von Freiburg, Dr. Th. Eimer von Donaueschingen, J. Abr. Merz von Schiltach, A. Stern von Billingen. 2) Bekanntmachungen des Großh. Handelsministeriums: a) Die Prüfung der Postaspiranten betreffend. Bereits mitgeteilt. b) Die Organisation des Post-, Eisenbahn- und Telegraphendienstes im Bezirk des neu errichteten Post- und Eisenbahn-Amtes Lauda betreffend. Darnach hat dieses Post- und Eisenbahn-Amt mit dem 15. Mai d. J. in Wirksamkeit zu treten, wogegen gleichzeitig die in Lauda bisher bestandene Post- und Eisenbahn-Expedition aufgehoben wird.

III. Diensterledigung. Durch die Ernennung des Gerichtsnotars und Notars Diez in Philippsburg zum Amtmann in Mannheim ist dessen bisherige Stelle erledigt und wieder zu besetzen.

Stuttgart, 9. Mai. Der „Schwäb. Merkur“ bringt heute einen den vorgestrigen Zollparlaments-Beschluß betreffenden Leitartikel, der in seinem wesentlichen Theile lautet: „Den Kern der Mehrheit, durch welche in der mit so großer Spannung erwarteten Parlaments-Sitzung vom 7. Mai die Adresse verworfen wurde, bilden zwei Fraktionen, welche der Zahl nach die stärksten im Parlament sind: die konservative und die süddeutsche, sog. föderalistische. Jede dieser Fraktionen zählt etwa 60 Mitglieder; es braucht demgemäß nur eine gehörige Anzahl Solcher, denen es gleichfalls

nicht um die Adresse, ja nicht einmal erstlich um motivirte Tagesordnung zu thun war, so die preussische Fortschrittspartei, sich der schon vorhandenen Koalition anzuschließen, um durch Herbeiführung der einfachen Tagesordnung die Adresse von der Schwelle des Parlaments zurückzuweisen. Daß in dem Erlaß einer Adresse an und für sich schon eine Ueberschreitung der Kompetenz des Zollparlaments enthalten gewesen wäre, ist kaum von irgendeiner Seite ernstlich behauptet worden. Stand es dem König von Preußen zu, das Zollparlament mit einer Ansprache zu eröffnen, so stand es dem Parlament frei, die königliche Ansprache zu beantworten. In der That war die Abneigung der Mehrheit nur gegen den Inhalt der von nationalliberaler Seite vorgeschlagenen Adresse gerichtet. Man wollte nicht den politischen Einheitsgedanken an die Spitze der Beratungen des Zollparlaments gestellt sehen; und nur insofern, als der Adresse ein anderer Inhalt nicht gegeben werden konnte, wenn sie nicht zur bloßen, gänzlich überflüssigen Förmlichkeit werden sollte, war man auch gegen eine Adresse überhaupt. Ob auch der Standpunkt, der es unter der Würde eines Zollparlaments-Abgeordneten findet, an den König von Preußen, der doch der Zollvereins-Präsident ist, sich zu wenden, im Parlament vertreten war, läßt sich nicht behaupten. Jedenfalls wäre mit einem solchen Standpunkt, der mit gesunder Politik nichts mehr zu thun hat, nicht zu rechnen. Dagegen war allerdings eine andere Ansicht vertreten, welche gleichfalls den Anspruch, eine politische zu sein, schwer wird rechtfertigen können, nämlich die, daß es Pflicht sei, der Debatte sich zu enthalten, wenn von der deutschen Einheit die Rede werden könnte in einem deutschen Parlament, das allerdings nur das Zollparlament ist, das aber doch als solches schon ein Stück der deutschen Einheit, die Zolleinigung, vertritt. Wer ernstlich nicht sagen will, der hätte auch nicht sagen, der hätte den Rath befolgen müssen, überhaupt an dem ganzen Parlamentswesen sich gar nicht zu betheiligen. Es ist übrigens gut, daß durch den Beschluß der 186 jenes seltsame Vorhaben gar nicht in Frage kam; gut vielleicht auch für diejenigen, die sich damit befassen, da sie dadurch der Probe überhoben waren, wie viele an der wirklich in Ausführung sich betheiligten hätten. — Der Beschluß steht nun fest: es soll der Gedanke der politischen Einigung keinen Zutritt im Parlament haben. Man verdammt den Beschluß der Allianz der altpreussischen Partikularisten, der Junkerpartei, welche sich in die Bismarck'sche Politik, seit sie aus einer preussischen zu einer deutschen geworden ist, nicht mehr zu finden weiß, und der süddeutschen Partikularisten, welche mit dem Gang der neuesten deutschen Geschichte sich nicht ausöhnen wollen, ohne ihn doch hemmen zu können. Ist aber dieser, einer unnatürlichen Allianz entsprungene Beschluß geeignet, das deutsche Einigungswerk selbst in seinem Fortgang zu hindern? Das Ergebnis der süddeutschen Wahlen hatte es schon unmöglich gemacht, daß das Parlament etwa in einem ähnlichen Anlauf über die ihm gegebenen Schranken hinwegstürzte und sich selbst zu dem einsetzte, was es nach dem Willen der Regierungen nicht sein sollte. Man sieht jetzt: dieses Ergebnis hat es auch unmöglich gemacht, dem parlamentarischen Körper durch allmähliges Ausweiten und Stärken eine höhere Bedeutung zu geben. So bleiben nur neue Bahnen der Politik übrig: Die Verträge der Südstaaten mit dem Nordbund selbst zu erneuern, aber immer nur unter der Bedingung, daß, wenn gleiche Rechte gegeben werden, auch gleiche Pflichten übernommen werden müssen; die Vortheile gemeinsamer deutscher Einrichtungen nur denen zu gewähren, die auch an den Lasten des deutschen Staats mittragen, und an der gemeinschaftlichen Verachtung der Gesetze sich betheiligen wollen; sie denen vorzuziehen, die am neuen Deutschland nur die Vortheile mitgenießen, nicht dazu mitthun und daran mittragen wollen. Ob ein Nutzen für den Süden sich herausstellt, wenn er die allmähliche Mitbetheiligung an der politischen Einigung des Nordens ablehnt und die Zeit abwartet, wo er nur noch die Wahl hat, einem schon fertigen Ganzen, ohne auf die Gestalt desselben mit eingewirkt zu haben, sich anzuschließen, sei der Erwägung Derer anheimgegeben, welche den Beschluß vom 7. Mai herbeigeführt haben. Einstweilen bleibt es tröstlich, daß, wenn auch aus dem Zollparlament für den Augenblick nichts Größeres werden soll, doch an diesem Zollparlament selbst, das doch der erste Anfang bleibt, auch die widerstrebensten Süddeutschen in frischer Arbeit mitbetheiligt sind, daß selbst ein Thöngens sich veranlaßt gesehen hat, in Berlin deutscher zu sprechen, als er dies in München bisher zu thun gewohnt war.“

München, 7. Mai. (Fr. Z.) Die Anwesenheit des nordamerikanischen Gesandten, Herrn Bancroft, in unserer Stadt wird, wie sehr bestimmt versichert wird, nicht allein der Ueberreichung seiner Kreditivie bei unserm Hof gelten, sondern auch der Eröffnung von Verhandlungen wegen Abschlusses eines Staatsangehörigkeits-Vertrages, wie er vor kurzem mit dem Norddeutschen Bund zu Stand gekommen, zunächst mit Bayern. Wie es heißt, dürfte Hr. Bancroft sich später in ähnlicher Absicht auch nach Stuttgart und Karlsruhe begeben.

Berlin, 7. Mai. (Köln. Ztg.) Die gestrige Sitzung des Zoll-Bundesraths, welcher der Bundeskanzler präsi-dirte, währte fast volle vier Stunden und führte zur Erledigung der bedeutendsten Vorlagen für das Zollparlament: der Tabaksteuer und der Tarifreform. Es wurde in Bezug auf die erstgedachte Angelegenheit nach sehr eingehender Debatte und unter dem Widerspruch von Baden, Württemberg, Bayern, Hessen und Mecklenburg die ursprüngliche Vorlage, jedoch mit der Modifikation angenommen, daß die Steuer für Cigarren mit 20 Thlr. bestehen bleibt, also eine Erhöhung auf 25 Thlr. nicht eintritt. Sodann wurde über die Tarifreform diskutiert, und auch diese nach den Anträgen der Referenten angenommen, welche jedoch die Vorlage formell fast ganz umgestaltet haben, wenn auch das Prinzip derselben beibehalten ist. Es handelt sich jetzt nur noch um die Motive, nach deren Erscheinen die Vorlage an das Zollparlament gelangen wird. Die Eisenzoll-Frage hat den Bundesrath noch nicht beschäftigt. — Es wird an kompetenter Stelle angenommen, daß die Arbeiten des Zollparlaments in ungefähr drei Wochen, d. h. am Mittwoch oder Donnerstag vor Pfingsten abgewickelt sein und die Plenarsitzungen des Reichstags etwa am 4. Juni wieder beginnen können. — Die freie Zollparlaments-Kommission, welche die handelspolitischen Vorlagen zwar auf freihändlerischer Grundlage, jedoch unter Berücksichtigung einzelner Industriezweige beraten will, hat in ihren Vorstand gewählt die Abg. Herzog v. West, Miquel, Eichmann und Marquart Barth (Bayern). Zunächst will man den österreichischen Handelsvertrag diskutieren.

Berlin, 7. Mai. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Die Ablehnung der Adresse war seit den letzten Tagen ziemlich allgemein vorhergesehen worden. Nicht so gewiß schien die Annahme der einfachen Tagesordnung, denn die Fortschrittspartei hatte ja ihrerseits eine motivirte Tagesordnung eingebracht, und man glaubte daher, sie werde jedenfalls gegen die einfache Tagesordnung stimmen. Aber die Abneigung gegen die anderen liberalen Parteien und das Behagen, der national-liberalen Partei eine Niederlage zu bereiten, überwiegen für die Mitglieder der Fortschrittspartei jedes Andere, und so stimmte sie mit den preussischen Konservativen und den süddeutschen Partikularisten aller Schattirungen für die einfache Tagesordnung, was doch Männern wie Löwe (Galbe) und seinen näheren politischen Freunden, wenn sie sich ihrer Stellung von 1848 erinnern, etwas schwer geworden sein mag. Graf Bismarck hat heute geschwiegen. Man will vermuthen, daß, wie sehr die Regierung auch das Einbringen der Adresse für nicht opportun gehalten haben mag, die Annahme der motivirten Tagesordnung Bennigsen-West der Regierung nicht unangenehm gewesen wäre. Wie es sich auch damit verhalten mag, die einfache Tagesordnung ist in Folge der vorhin bezeichneten Koalition mit einer Majorität von 36 Stimmen angenommen worden.

Berlin, 7. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 7. Mai. Adressdebatte. Zur Ergänzung des gestrigen Berichts, dessen letzter Theil wegen Zeitmangels nur ganz kurz gehalten werden konnte, tragen wir noch Einiges nach.

Abg. Dr. Blunckli (gegen die Tagesordnung): Bestreitet man das Recht zu unserer Adresse, so könnte man eben so gut auch das Recht zur Thronrede bestreiten. (O! O! rechts.) Wir geborchen, indem wir unsern Antrag einbrachten, nur einer patriotischen Pflicht. Die Thronrede ist mehr, als eine bloße Präzisionsrede; als sie gehalten wurde, ist ein Staatsgefühl über uns gekommen, und wenn es sich zunächst auch nur um einen Zollstaat handelt, so leben wir doch der Ueberzeugung, daß der nationale Begriff dieses Staats sich immer mehr ausdehnen und zur Einheit führen wird. Der König hat den nationalen Gedanken ausgesprochen — und da sollten wir, die Vertreter des deutschen Volks, nicht antworten? Das verstehe ich nicht. Und wir aus Süddeutschland haben um so mehr Veranlassung dazu, als wir dem nachzukommen haben, wozu wir hiesigerseits worden sind. (Widerpruch rechts.) Ich kann nicht zugeben, daß wir wesentlich eine große Kommission von Sachverständigen in Zollangelegenheiten seien; unsere Aufgabe ist allerdings, den Zollfragen die größte Aufmerksamkeit zu schenken, aber mehr als drei Viertel der Mitglieder des Zollparlamentes sind Mitglieder des Reichstags und hauptsächlich mit Rücksicht auf politische Dinge gewählt. Im Süden ist es nicht anders. Der meiste ist der Stempel der Sachverständigkeit in Zollsachen nicht aufgedrückt. Bei dieser Thatsache ist es einleuchtend, daß die Form, in der wir uns bewegen, sehr an die Form des Norddeutschen Bundes erinnert, und die süddeutschen Regierungen müßten blind sein, wenn sie nicht sehen wollten, daß diese Form sich sehr erweitern werde. Es ist zwar schon erklärt worden, daß wir nicht gesonnen sind, über die Verträge hinauszugehen; aber das hindert nicht, daß die wirkliche Vertretung des deutschen Volks es anspricht, es gebe für sie einen großen nationalen Gedanken, der die Einheit in Zollsachen herbeigeführt habe. Es wird das eine Klärung der Dinge herbeiführen, die ja auch die Adresse beabsichtigt. Der Hr. Vorredner hat von einem süddeutschen Volk gesprochen; ich kenne ein solches nicht, sondern nur ein deutsches Volk und vier süddeutsche Staaten, von denen jeder zum Norddeutschen Bund eine andere Stellung hat. Hessen befindet sich in einer unhaltbaren Lage; ein Theil von ihm gehört zum Norddeutschen Bund, der andere nicht. Dieser letztere weiß recht wohl, daß das Zollparlament der Ort nicht

ist, einen Antrag bezüglich des Anschlusses an den Norddeutschen Bund zu stellen, wohl aber der Ort, wo es einmal der gedrückten Brust vergönnt sein wird, sich Luft zu machen. In Baden gibt es auch keine Majorität gegen den Anschluß, vielmehr eine solche, die sich schließlich Entscheidung über diese Frage nicht von Baden ausgehen kann; man vertraut darauf, daß die Männer, welche den Nordbund geschaffen haben, den richtigen Moment erkennen und ergreifen werden, in welchem die Wünsche des badischen Volkes zu vollziehen sein werden. Von Württemberg wünschte ich nicht viel zu sagen (Heiterkeit). Es ist reich an Talenten und Originalen; das Staatsgefühl ist ihnen zwar etwas unbehaglich, aber von ihnen haben wir nichts zu befürchten; die Schwaben werden zwar spät kommen, aber sie kommen doch. (Heiterkeit.) Der bedeutendste Staat ist Preußen, die Preußen im Norden spielt. Dazu fehlen ihm sowohl innere wie äußere Bedingungen. Bayern hat einen gemäßigteren Standpunkt als Württemberg; die Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht entsprechen der Stimmung des Volkes, und hier halten sich die Parteien die Waage. Ich halte es für sehr nützlich, daß der Norddeutsche Bund auf den Süden seinen Zwang ausübt. Wenn dies der Süden recht erkannt hat, wird er von selbst kommen, denn bis jetzt war er immer noch von Mißtrauen erfüllt. Ich bin so patriotisch, daß ich das große Ganze über Alles setze und jede Erschlüftung oder Gefährdung der Verträge für einen Schaden für die ganze Nation halte. Nur mit Geduld müssen wir uns hier begeben. Als der Zollverein entstand, war beinahe ganz Deutschland gegen Preußen; erst nach und nach erkannte es, daß es gegen seine eigenen Interessen sei. Warum soll es jetzt anders gehen? Aber gehen wird es nur unter der Bedingung, daß wir in keinem Moment den nationalen Gedanken verläugnen, oder die Entwicklung still stehen lassen, daß wir entschieden und entschlossen vorwärts gehen. Die Kriegsgeschichte betreffend, die Hr. v. Bennigsen vorführte, beziehe ich mich auf die Adresse des Reichstags. Niemand hat das Recht und die Macht, dem deutschen Volk drein zu reden. Deutschland hat das Recht und die Macht, sich selbst zu gestalten. Jeder Versuch von außen würde die Einigung nur fördern, nicht trennen. Wenn Sie heute in die Debatte einzutreten beschließen, so wird dieselbe nach allen Seiten hin beruhigend und aufklärend wirken; man wird erklären, daß der Süden keine Gewalt zu befürchten hat, daß der Norden nicht Willens ist, sein festes Gefüge durch eine ungehörige und frühe Verbindung mit dem Süden zu schwächen (Bravo!); man wird den ersten Schritt zum gegenseitigen Vertrauen hin thun. Redner geht nun auf die einzelnen Punkte der Adresse näher ein, legt die Bedeutung derselben dar, und schließt etwa folgendermaßen: M. H. Es gibt im Süden zwei Parteien; die eine ist dem Anschluß an den Norden im Ganzen zugeneigt, sie ist ihm freundlich gesinnt; die andere will davon nichts wissen. Dasselbe Mißgeschick, das heute auf die Vertragstreue pochte, Hr. v. Thüngen, hat Alles gethan, was in seinen Kräften stand, um die Verträge nicht zu Stande kommen zu lassen (hört! hört!), und es gibt noch zur Stunde Viele, die sich von demselben frei machen möchten. Diese Partei des Südens wünscht die einfache Tagesordnung sammt und sonders. Wenn Sie für die einfache Tagesordnung stimmen, so stimmen Sie denjenigen Herren bei, die am wenigsten von irgend einer Vereinigung etwas wissen wollen, und wenn Sie gegen die einfache Tagesordnung stimmen, dann stimmen Sie mit allen Denen in Hessen, Baden, Württemberg und Bayern, die von Herzen und ganz Ihre Freunde sind. Jetzt stimmen Sie! (Lebhaftes Bravo links.)

Es folgen nun persönliche Bemerkungen. Abg. v. Blankenburg hatte seine Rede geschlossen mit den Worten: „Gehen wir an unsere Arbeit; fort mit allem Schwindel!“ Abg. v. Hennig verweist sich gegen den von dem Abg. v. Blankenburg gebrauchten Ausdruck „Schwindel“.

Der Präsident bemerkt, daß er diesen Ausdruck unmöglich auf die beantragte Adresse habe beziehen können.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Er habe sich nur der württembergischen Wähler annehmen wollen, und das könne man doch keine Niederlage nennen.

Abg. v. Blankenburg verwahrt sich gegen die Unterstellung des Abg. v. Hennig.

Abg. v. Hennig: Wenn der Abg. v. Blankenburg mit seinem Ausdruck nichts hat sagen wollen, so bin ich damit zufrieden.

Das Resultat der Abstimmung ist bekannt. Mit Ja (für die einfache Tagesordnung) stimmen: Prinz Albrecht, Ammermüller, beide Grafen Arco, v. Aretin, drei v. Arnim, v. Auerwald, Ausfeld, G. Barth, Graf Bassewitz, Graf Baumbach, Bebel, Beder (Dortmund), v. Below, Prinz Biron, Bissing, v. Blankenburg, Bloem, v. Blumenthal, Bodt, v. Bodelschwingh, Bödel, beide v. Brauchitsch, v. Breckow, Bucher, Cornely, v. Götten, v. Granach, Dahmen, v. Davier, Dessner, v. Denzin, Deub, Diepolder, v. Dieß, Dörtenbach, Graf Dohna-Hindenstein, Dunder, Edel, Eichmann, v. Eichthal, v. Einsiedel, Erath, Graf Eulenburg, Vogel v. Falkenstein, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Frhr. zu Frankenstein, Freisleben, Freytag, Fühling, Gebert, v. d. Goltz, beide v. Grävenitz, Günther (Sachsen), Günster, v. Guntenberg, v. Hasenbrühl, Harfort, v. Hellborn, Heubner, v. d. Heydt, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Holzer, Graf Hompeich, v. Hoyerbed, v. Hülffesheim, v. Jagow, Jenen, Jörg, Jordan (Stöttingen), Graf Jepsen, v. Kleinjörgen, Graf Kleist, Knoke, Köpfer, Kolb, Kraß, Krüger, Kreuz, Kuz, Graf Lehnborn, v. Levetzow, Liebmacht, Lindau, v. Loß, Löwe, Lorenzen, v. Lud, Lucke, Lucas, v. Mallinckrodt, Graf Malchau, Mammen, zur Megebe, v. Meirner, Müller, v. Wittmacht, Mohl, v. Mollke, v. Mühlner, Müller (Görlitz), v. Neumayr, v. Neurath, Nehmichen, Desterlen, Graf Oppersdorff, v. Or, Graf Pfeffen, Pohlmann, Probst, Graf Pücker, Ramm, Rang, Herzog v. Ratibor, Reeder, Reibel, Reichensperger, Reinde, Frhr. v. Zu-Rhein, Riedel, Römnick, v. Romberg, Roghert, v. Rothschild, Runge, Ruffell, Sachse, v. Sanger, v. Salzedell, v. Salza, v. Savigny, Schäffle, v. Schaper, Schneider, v. Schöning, Schrappe, Schred, v. Schrend, v. Schroeder, Graf Schulenburg, Schulze, v. Schwicker, v. Schwendler, v. Seedt, Sepp, beide v. Seidewitz, Fürst Solms, Graf Solms-Baruth, Stavenhagen (Radow), v. Steinmetz, Graf Stelberg, v. Stöpingen, Stroussberg, Stümm, Tafel, v. Thüngen, v. Tredlow, Ulrich, v. Urnau-Bomst, v. Varnbiller, Vayhinger, v. Vinde (Oldendorf), Wagener, v. Waldau, Walbed, v. Waghorn, v. Webemeyer, v. Weibel, Wiggers (Berlin), Wüb, Windthorst, v. Zehmen, Ziegler, Zürnühlen.

Mit Nein (gegen die einfache Tagesordnung) haben gestimmt: Regibi, Mosig v. Kahrenfeld, Albrecht, Ahmann, Bähr, Ball, Balba-

mus, Bamberger, Dr. M. Barth, v. Bennigsen, Benzing (Bayern), Bernhardt, v. Bernuth, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bethusy-Huc, beide Blum, Bluntzli, Graf Bochoz, v. Bodum-Dolffs, beide Braun, Bruch, Buddenberg, v. Bülow, Bürgers, v. Bunsen, beide Camphausen, Conrad, Grämer, Denny, Devens, Dieze, Ditschens, v. Dörnberg, Graf Dohna-Roggenau, v. Eardstein, Endermann, beide Engel, Erhard, Evelt, Fabricius, Faule (Baden), Feustel, v. Forderbed, Forkel, Franke, Fr. Frankenberg, Frank, Friedenthal, Fries, Fromme, Genast, Göddert, v. Göler, Götz, Grumbrecht, Günther (Deutsch-Grone), Haenel, v. Hagemeyer, Hagen, v. Hagle, Hantelmann, Harnier, Hebling, v. Heinemann, Graf Hensel, v. Hennig, Hertig, v. Hilgers, Hinrichsen, Herzog v. Hies, Hofius, Hüffer, Jaeger, Jansen, Jordan, Knapp, Köpcke, Kanngießer, Keller, Kester, Kayser, Kirchner, Knapp, Köpcke, Kraus, Krieger, Klüger, Kugler, Laue, Leißner, Lette, Lette, Lienau, Gr. Lurzburg, Marquardsen, Meier (Bremen), Metz, Meyer (Thorn), Miquel, Müller (Stettin), Gr. Münster, Nebelbau, Neubronner, Defferreich, Oester, Ohm, v. Patow, Pauli, Pfannebecker, Pfrehsamer, Pland, Pöge, Prosch, beide v. Puttkammer, Redeker, Gr. Renard, Röben, Römer, v. Roggenbach, Ros, Salzman, Gr. Renard, Schleben, v. Schwarzkoppen, Gr. Schwerin, Schwinm (Kleinpöhl), Simson, Gr. Solms-Laubach, Sombart, v. Soper (Bayern), v. Stauffenberg (Bayern), Stephani, Tschow, v. Thünen, Tobias, Twesten, v. Unruh, Bött (Bayern), Waschenhusen, Wasler, Wagner, Weber, Weigel, Weislich, Wiggers (Koslow).

Berlin, 8. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 8. Mai.

Das Zollparlament beschäftigte sich heute mit der vom Abg. Stumm beantragten Resolution, betreffend die Ausfuhrprämie für Eisen, welche die französische Regierung ihren Produzenten gewähre. Beide Referenten, die Abgg. Veder (Dortmund) und Friedenthal, empfehlen die Annahme der Resolution, indem sie ausführen, daß das den französischen Fabrikanten durch die Rückvergütung im Betrag des Eingangszolles gemachte Geschenk die Grundlage des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Frankreich in Frage stelle und eine rationelle Agitation für Herabsetzung der Eisenzölle im Zollverein erzwinge. Präsident Delbrück erklärt, daß der Vorschlag des Norddeutschen Bundes in Paris beauftragt worden sei, im Sinn der Resolution mit der französischen Regierung in Verhandlung zu treten. Gegen die Resolution sprechen die Abgg. Twesten und v. Hennig, für sie Miquel, Mohl und der Antragsteller Stumm. Die Gegner bestreiten die Opportunität des verlangten Beschlusses aus formellen und sachlichen Gründen, während Abg. Miquel den Vorschlag nicht desavouieren lassen und Abg. Stumm eine analoge Gefahr, wie die, welche die vereinsländische Eisenindustrie bedroht, nicht auch über andere wichtige Artikel hereinbrechen lassen will, und nicht schäme davor, wenn der Handelsvertrag erst an einer Stelle durchbrochen ist. Der Antrag des Abg. Stumm wird mit sehr großer Mehrheit genehmigt, desgleichen die abgeänderte Befolgung in der Schlussabstimmung.

Berlin, 8. Mai. (Köln. Ztg.) Die Nachricht der Morgenblätter, daß Hr. Dr. Heer gestern Abend abgereist sei, ist irrtümlich, Hr. Heer ist noch hier. Eine Unterredung, die gestern zwischen dem schweizerischen Kommissär und dem Grafen Bismarck während der Sitzung des Zollparlamentes stattfand, hat die Schwierigkeit keineswegs beseitigt und so gut wie keine Aussicht auf das Zustandekommen des Handelsvertrages gelassen. Die schweizerischen Unterhändler werden voraussichtlich heute Abend oder morgen früh abreisen.

Berlin, 8. Mai. Die „Korresp. Stern“ meldet: „Die preussische Gesandtschaft in Paris ist beauftragt, die Rückreisegebel für die hannoverschen Legionäre nur vorzuschubweise zu zahlen. Die Regierung beabsichtigt, sämtliche Kosten zur Zurückschaffung der Mannschaften aus den mit Sequester belegten Privatmitteln des Königs Georg zu decken.“

Der vom Reichstag für Handel und Verkehr gewählte Ausschuss hat der Vorlage betreffs der Einführung einer einheitlichen Maß- und Gewichtsordnung vollkommen zugestimmt und berichtet, daß die Gesichtspunkte der Vorlage mit dem Gutachten vom 30. April 1861 zusammenfallen, das von einer Kommission von Fachmännern aller deutschen Staaten ergangen war. Der Ausschuss schlägt vor, das erwähnte Gutachten als Beilage dem Gesetzentwurf für den Reichstag beizufügen. — Die Absicht, wegen Verletzung des Marinebudgets die Ausrüstung des Kanonenbootes „Komet“ zu unterlassen, wurde aufgegeben, weil das landwirthsch. Ministerium den Gebrauch des Bootes für den Schutz der Nordsee-Fischerien als unentbehrlich bezeichnet. Die Kosten sollen aus dem landwirthsch. Ministerialfonds bestritten werden. — Der statistische Ausweis der Eisenproduktion von 1866 im gesammten Gebiet des Zollvereins zeigt sich gegen das Vorjahr theils als unverändert, theils als zurückgegangen. Nur die Produktion von Lothringen weist eine Zunahme von 19 Millionen Zentner gegen 17 1/2 Millionen Ztr. im Jahr 1865 nach.

Die Landräthe der Provinz Preußen bereiten eine Petition an das Zollparlament vor. Eine gründliche Zolltarif-Reform sei dringend notwendig. Die Tarifreform-Vorlage für das Zollparlament sei weit entfernt, den Bedürfnissen zu entsprechen. Die Petition legt gegen die Petroleumsteuer Verwahrung ein. Die Motive der Petition sind antichuzollnerisch.

Die nationale Partei hat beschlossen, die Ausdehnung der Freizügigkeit auf Süddeutschland zu beantragen, da der § 18 des österreichisch-deutschen Handelsvertrages den Oesterreichern größere Rechte in Norddeutschland gewährt, als den Süddeutschen.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Mai. Nach zweitägiger, mit großer Lebhaftigkeit geführter Diskussion hat heute eine große Mehrheit im Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf hinsichtlich der mit Ungarn zu vereinbarenden künftigen Verwaltung des Salzmonopols unter Ablehnung sämtlicher Gegenanträge in der Fassung angenommen, in welcher die Regierung ihn vorgelegt hatte. Es wird demnach eine Herabsetzung des Speisesalz-Preises um durchschnittlich 2 fl. 45 kr. per Zentner eintreten, während gleichzeitig die bisherige Erzeugung des Viehsalzes eingestellt wird.

Wien, 7. Mai. Das englische Kabinet hat aus Anlaß der in der Ratifikation des Handelsvertrages eingetretenen Verzögerung eine Note hieher gerichtet, die an Schärfe des Ausdrucks diejenige Depesche noch weit hinter sich lassen soll, in welcher in einem früheren Verhandlungsstadium die englischen Bevollmächtigten angewiesen wurden, die Verhandlung, deren Weiterführung unter den gegebenen Umständen der Würde der Regierung zuwiderlaufe, so rasch als möglich abzubrechen.

Wien, 7. Mai. Landtag. Der Generalprokurator bitet um die Erlaubniß der freigerichtlichen Verfolgung, des rumänischen Redakteurs und Deputirten Roman wegen eines Artikels gegen die Integrität Ungarns. — Nächstens wird der Handelsvertrag mit den deutschen Staaten und der Schiffahrtsvertrag mit England zur Vorlage gelangen.

#### Italien.

Florenz, 5. Mai. Das Appellationsgericht von Lucca hat ein bemerkenswertes Urtheil erlassen. Vor einiger Zeit hatte der Königl. Prokurator zu Livorno einen protestantischen Prediger daselbst vor das Zuchtpolizeigericht gestellt, weil er bei einer Leichenrede am Grabe von drei Garibaldianern gegen die Bestimmungen des toskanischen Strafgesetzes verstoßen haben sollte. Es sind dies sehr strenge Bestimmungen zum Schutz der katholischen Staatsreligion, und sie wurden bekanntlich seiner Zeit gegen die Familie Madiai angewandt, was damals die öffentliche Meinung in ganz Europa in Bewegung setzte. Der Prokurator zu Livorno behauptete nun, das toskanische Strafgesetzbuch bestehe noch zu Recht, und dieser Ansicht folgend schritt der Zuchtpolizeigerichtshof zu Livorno am 6. März gegen den Prediger Ribetti ein. Der Appellationsgerichtshof hat nunmehr die ganze Prozedur verworfen, gestützt darauf, daß die Verfassung des Königreichs Italien Jedem ohne Einschränkung und Privilegium völlige Religionsfreiheit gewährt, und daß somit, wenn jener Prediger Meinungen ausgesprochen, welche der katholischen Lehre entgegen seien, er das vollständige Recht dazu gehabt und die katholische Religion oder ihre Diener damit keineswegs beleidigt habe.

Florenz, 8. Mai. Die Festlichkeiten schlossen gestern Abend mit einem Ball, welcher der Königl. Familie von der Bürgerfchaft im Kasinoallée gegeben wurde, und mit Volksfesten in der glänzend illuminierten Umgebung des Palastes. — Der Kronprinz von Preußen ist nach Spezia und Genua abgereist.

#### Frankreich.

\* Paris, 8. Mai. Der „Moniteur“ gibt heute seinen Bericht über die erste hl. Kommunion des Kaiserl. Prinzen und theilt die Reden mit, welche der Erzbischof von Paris als Großalmosenier des Hofes bei dieser Veranstaltung gehalten hat. Eine Anzahl Kinder ist zur Feier des gefestigten Tages in die unter dem Patronat des Kaisers Prinzen stehende Waisenanstalt aufgenommen worden. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute die Note des „Armeemonteurs“, worin, Preußen gegenüber, für Frankreich die Priorität der Beurlaubung in Anspruch genommen wird.

Der „Constitutionnel“ enthält folgende offiziöse Mittheilungen:

Man hat sich viel mit den Worten beschäftigt, welche der Kaiser in Orleans sprechen konnte. Wir glauben zu wissen, daß Sr. Maj. sich darauf beschränken wird, die Festlichkeiten dieser Stadt mit seiner Gegenwart zu beehren, und daß er den Wunsch ausgedrückt hat, es möge bei dieser Gelegenheit keine Rede gehalten werden.

Man sucht in dem Publikum beunruhigende Gerüchte über Besprechungen, deren Gegenstand die Festung Mainz wäre, zu verbreiten. Diese Gerüchte entbehren jeder Begründung, und ihr Entstehen kann irgend einem Spekulationsinteresse zugeschrieben werden.

Der Bey von Tunis hat den General Ruffo, seinen ersten Dolmetscher, in außerordentlicher Mission mit einem Schreiben an den Minister des Auswärtigen nach Paris geschickt. Derselbe, sowie Gen. Ruffo, Minister des Innern von Tunis, wurden diesen Morgen (den 7.) vom Marquis de Mousnier empfangen.

Der „Moniteur“ zeigt ohne weitere Bemerkung an, daß das Zollparlament mit einer Majorität von 36 Stimmen sich in Sachen der Adresse für die einfache Tagesordnung entschieden hat. Uebrigens wird die militärische Solidarität zwischen Nord- und Süddeutschland, welche von Hr. v. Thüngen hervorgehoben wurde, voraussichtlich den Hauptgegenstand der Betrachtungen der französischen Blätter für heute und morgen abgeben. Der „Avenir nation.“ führt die darauf bezügliche Stelle des Telegramms an und bemerkt dazu kurz: „Mehr verlangt Hr. v. Bismarck gar nicht.“

Der „Estandard“ schließt sich dem Dementi des „Constitutionnel“ bezüglich der über die Festung Mainz in Umlauf gesetzten Gerüchte an. — Der „Patrie“ zufolge wird im Ministerium des Innern eine Generaldirektion der Presse errichtet werden. Hr. Salles, Präfet des Aube-Departements, würde mit diesem Amt betraut werden. — Aus Rom wird gemeldet, daß der Gesundheitszustand des Kardinals Andrea bedenklich wird. Es hat eine Konfultation stattgefunden, und die vier Aerzte, welche daran Theil nahmen, erklärten einstimmig, daß das Klima Roms dem Kardinal nicht zusage, und daß er nur vom Klima Neapels eine Genesung erwarten könne. — Hr. de St. Paul, Generaldirektor im Ministerium des Innern, zieht sich, wie die „Liberte“ behauptet, zurück. — Staatsrath v. Cormenin, aus der Zeit Louis Philipp's als der Limon der Kammer bekannt, ist gestern in seinem 80. Lebensjahr gestorben.

Börse. Die Stimmung ist heute ungleich besser; die Annahme der einfachen Tagesordnung in Berlin und die beabsichtigten Versicherungen über die Rede oder vielmehr die Nichtrede des Kaisers in Orleans haben günstig gewirkt. Wenn auch die Geschäfte nicht bedeutend zunehmen, so sind doch die Kurse gut gehalten, und die Baissa von gestern wird zum Theil wieder gut gemacht. Rente stieg 17 1/2; ital. Anl. 27 1/2, Mob. 11.25 u. j. w. Schluszkurse: Rente 69.40, Cred. mob. 221.25, ital. An. 48.67.

Belgien.

Brüssel, 7. Mai. (Köln. Ztg.) Die Repräsentantenkammer hat das Budget des Ministers des Innern fast einstimmig angenommen, mit 88 gegen 7 Stimmen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Mai. Die „Berling. Ztg.“ widerlegt offiziös die vom „Tagestelegraf“ gebrachte Nachricht von der Verlobung des dänischen Kronprinzen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 8. Mai. Die Provinzialinstitution von Borisoglebsk hat die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Grjaz nach Borisoglebsk mit einem Baukapital von 13,440,000 Silberrubel erhalten.

Griechenland.

Athen, 7. Mai. Der König eröffnete die Kammer und sagte in seiner Rede, daß er zur Befestigung des Königthums eine orthodoxe Prinzessin zu seiner Gattin gewählt habe.

Großbritannien.

London, 7. Mai. Unterhaus. Nach Annahme von Gladstone's Resolutionen beantragte Mouton, im Fall der Aufhebung der protestantischen Kirche Irlands, die Unterstufung einer katholischen, sowie einer presbyterianischen Universität.

London, 8. Mai. Eine Timesdepesche aus dem Hauptquartier Talanta vom 21. April sagt: Magdala ist niedergebrannt. Der Rückmarsch nach der Küste hat begonnen; Sir Rob. Napier hofft dieselbe am 25. Mai zu erreichen.

Baden. Pforzheim, 7. Mai. (B. Landes. Ztg.) Aus zuverlässigen Mittheilungen erfährt man, daß es noch gestern Abend den Bemühungen der Polizei gelungen ist, zwei der Brandstiftung verdächtige Lebzugler zu verhaften.

Mannheim, 7. Mai. (Fr. Z.) Daraus, daß unsere Stadt die Konzession zum Bau der Eisenbahn von hier über Schwetzingen nach Karlsruhe erhalten hat, wird man nicht folgen dürfen, daß sie selbst als Unternehmerin des Baues auftreten werde.

Mosbach, 27. Apr. Der Sonderauschuß für die Armen-Kinderpflege im Kreise Mosbach hielt am 25. März eine Sitzung, worin sich die Mitglieder über einige diesen Gegenstand betreffende Fragen einigten.

Kinder aber, welche bisher noch nicht auf öffentliche Kosten versorgt wurden, solle an die Bezirksauschüsse (Bezirksräth) zurückgehen, wobei diese veranlaßt werden sollen, sich darüber auszusprechen, ob bei einem Kind die Uebernahme auf die Kreisasse als „nothwendig“, „besonders empfehlenswerth“ oder „wünschenswerth“ erscheine.

Vermischte Nachrichten.

Heinsheim, 7. Mai. Dieser Tage kam hier ein bedauerlicher Fall vor. Der in seiner Gemeinde sehr geachtete und beliebte Schulverwalter B. wurde geisteskrank, in Folge dessen ihm gestern die Zwangsjade angelegt werden mußte.

Gießen, 7. Mai. (Hess. Ztg.) Der Lehrer der Mathematik, Professor Dr. G. L. S. hat auf diesem Gebiet zu den Größten ersten Ranges zählt, hat einen Ruf nach Göttingen erhalten und angenommen.

Wiesbaden, 8. Mai. Ein Duell, welches vor einigen Tagen an der Reichsweghölle zum Austrag kam, fand statt zwischen zwei hier in Urlaub anwesenden österreichischen Offizieren.

Breslau, 8. Mai. Heute Morgen um 9 Uhr stürzte plötzlich der im Bau begriffene Thurm der beinahe vollendeten neuen Michaeliskirche zusammen, so daß nur noch die Hälfte desselben übrig blieb.

Wien, 8. Mai. (N. Z.) Ein Befehlsschreiben des Wiener Generalkommandos' erhebt so eben die lange schwobende „Zwiffrage“. Das Monocle ist als zugleich schädlich und „unschicklich“ unbedingt gestrichet, das Binocle ist gestattet oder doch gebuldet.

Wien, 8. Mai. Der wöchentliche Ausweis der Staatsbahn vom 29. April bis 5. Mai ergibt eine Einnahme von 562,734 fl., mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres ein plus von 15,288 fl.

Die Verheerungen des Dorfes Biltzen in Folge des Erdsturzes schildert ein Augenzeuge dem „Schw. M.“ wie folgt: Oberhalb des Dorfes bietet sich ein grauenhafter Anblick. Wo die prächtigsten Obstgärten waren, sieht man nur noch Schlamm, Steine, entwurzelte Bäume, Ranken, Lärchen und noch stehende, bis an die Kette begrabene und doch noch blühende Obstbäume.

Karlsruhe, 5. Mai. (Großh. Verwaltungs-Gerichtshof.) In der heutigen öffentlichen Sitzung wurden vier Rekursfälle verhandelt, von welchen drei die Zulassung zum Antritt des angebornen Bürgerrechts und zur Verehelichung betreffen und kein allgemeineres Interesse haben.

Nach der wiederholten und verbesserten Wein- und Schenfordnung der Stadt Konstanz vom 5. September 1747 sollte jedoch „hinfort kein vergumt oder zugelassen sein, auf einmal zweierlei Wein, obgleich der einte roth und der andere weiß wäre, auszuschenken.“

auf weiteren Befehl wird bewilligt, in einem und dem nämlichen Schenfort zweierlei Gattungen Weine, jedoch nicht mehrere, und diese zweierlei Gattungen auch nur mit der Verbindlichkeit auszuschenken, daß jener, welcher sich dieser Begünstigung bedienen will, nebst den übrigen Gebühren, jährlich 7 fl. 30 kr. an das städtische Säckelamt bezahle, wovon jedoch die Tafelwirthschaft ausgenommen sind, welchen auch noch fernerhin freistehet, ihre etwa verschiedenen mehreren Gattungen Getränke in ebensoviele verschiedenen Preisen auszuschenken.

Nach dem Anfall der Stadt Konstanz an Baden wurde diese Verordnung revidirt, das städtische Ohmgeld wurde aufgehoben und die Stadtkasse dafür entschädigt, die Gebühr von 7 fl. 30 kr., sowie die Schenkegebühr von 6 kr. blieb aber bestehen, und in einem Nachtrag vom Jahr 1811 wurde bestimmt: „Die Bauschwirthe, welche die Befugniß, aller Gattungen Landweine zu schenken, das ganze Jahr genießen, haben die im § 18 bestimmte Abgabe von 7 fl. 30 kr., wenn sie zwei- oder mehrerlei Wein auszuschenken, an das städtische Säckelamt fortan zu entrichten.“

Die erwähnten Abgaben wurden auch fortan und zwar seit dem Jahr 1816 auch von den Tafelwirthshausen unverändert entrichtet. Eine erstmals im Jahr 1842 erhobene Beschwerde der Wirthschaft veranlaßte eine Untersuchung der Frage, ob diese Abgaben sich nicht zur Aufhebung nach Maßgabe des Gesetzes vom 14. Mai 1825 eignen.

Bei der heutigen Rekursverhandlung waren die streitenden Theile durch die Anwälte K u s e l und F ü r s t vertreten. Ersterer machte Namens der rekurrirenden Stadtgemeinde Konstanz besonders geltend, daß die fragliche Abgabe offenbar als Gewerbesteuer anzusehen sei und daher als alte Abgabe unter den Art. 1 Ziff. 5 des Gesetzes vom 14. Mai 1825 falle, daß sie daher, da das Finanzministerium gleichwohl ihre Aufhebung und Ablösung nach Maßgabe dieses Gesetzes i. J. ablehnte, rechtlich noch fortbestehe, daß aber, da über solche Abgaben den Verwaltungsgerichten eine Kompetenz nirgends eingeräumt sei, diese auch nicht über die Rechtsbeständigkeit derselben entscheiden können.

Der Großh. Verwaltungs-Gerichtshof bestätigte jedoch nach dem Antrag des Vertreters des Staatsinteresses das untergerichtliche Erkenntniß. Er ging dabei davon aus, daß über die Frage, ob die streitigen Abgaben als alte Abgaben im Sinn des Gesetzes vom 14. Mai 1825 zu behandeln seien, durch das rechtskräftig gewordene Erkenntniß des Finanzministeriums endgiltig, und zwar in verneinendem Sinn entschieden worden sei. Es erübrige daher nichts, als die Abgaben als Gemeindeabgaben in's Auge zu fassen, wofür übrigens auch der Umstand spreche, daß dieselben, seitdem die Gemeinde keine Gewerbesteuer mehr zu erheilen hatte, ihre frühere Natur gänzlich verloren hatten. Als Gemeindeabgaben aber können sie nach den jetzt geltenden Gemeindegesetzen nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden, da sie nicht unter diejenigen Beiträge zu den Gemeindebelastungen subsumirt werden können, zu deren Erhebung die Gemeinden allein ermächtigt sind.

Nachricht.

Wesib, 8. Mai. Unterhausung. Der Handelsvertrag mit Deutschland und der Schiffsfahrts-Vertrag mit England wurden eingebracht. — Heute fand eine Konferenz bei Andraffy über die Landwehr-Frage statt, zu welcher Klappa und Perzel eingeladen waren.

Genua, 8. Mai. Der Kronprinz von Preußen ist heute Nachmittag hier angekommen. Die Zivil- und Militärbehörden empfingen denselben. Das Volk begrüßte ihn enthusiastisch. Der Prinz hielt eine Rede über die Nationalgarde ab.

London, 8. Mai. Eine Depesche Napier's aus Talanta vom 21. April an den Minister Northcote bestätigt die schon von „Reuter's Office“ mitgetheilten Nachrichten. 30 Kanonen und Mörser Theodor's und die Festungsthor von Magdala wurden zerstört. Jedes Gebäude innerhalb der Festung wurde in die Luft gesprengt, so daß die Festung wie vom Pulver geschwärzt erscheint.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Saronia“, Kapitän K i e r, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Volten, William Miller's Nachf., am 6. Mai von Hamburg via Southampton nach New-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 70 Passagiere in der Kajüte und war auch das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie 450 Tons Ladung.

Frankfurt, 9. Mai, 2 Uhr 8 Min. Nachm. Dester. Kreditaktien 190, Staatsbahn-Aktien 264, National 527/8, Steuerfreie 491/16, 1860r Loose 707/16, Dester. Valuta 1017/16, 4prozent. bad. Loose 987/16, Amerikaner 7513/16, Gold 1393/16, 1083/16.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Table with 5 columns: Date, Barometer, Thermometer, Wind, Sky, Weather. Data for 8. Mai, 9. Mai, 10. Mai.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 10. Mai. 2. Quartal. 63. Abonnementsvorstellung. Die Stimme von Vortici, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Auber. Anfang 6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

**Für Touristen.**  
 3.1.770. In der unterzeichneten Verlagsbuchhandlung ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Karlsruhe** durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung:**

**Der Schwarzwald, Odenwald, Bodensee und die Rheinebene.**

**Handbuch für Reisende. Dritte Auflage.**  
 Mit einer Karte von Baden und Württemberg, 8 Ansichten und 2 Panoramas in Farbendruck.  
 1868. kl. 8. Roth geb. Preis 1 fl. 48 kr.  
**Heidelberg, im Mai 1868.**  
**Adolph Emmerling,**  
 Verlagsbuchhandlung und Buchdruckerei.

**Öffentliche Dankfagung.**  
 3.1.788. Mit dem herzlichsten Dank bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß mir  
**Frau Adelheid Grunelius,**  
 geb. Fecht,  
 aus Frankfurt a. M., zur Zeit in Berlin, zufolge meines Anrufes die reiche Gabe von **1000 fl.** für die unglücklichen Himmelländer zugeandt hat. Gewiß wird ein Jeder, der bereits durch eine Gabe der Liebe seine Theilnahme an diesem grenzenlosen Elend bewiesen hat oder noch beweisen will, die Freude über dieses reiche Geschenk mit mir theilen.  
 Karlsruhe, den 9. Mai 1868.

**J. Freiherr von Stockhorn,**  
 Geh. Regierungsrath.

3.1.780. Nr. 724. **Stadtgemeinde Stodach.**

**Bekanntmachung.**  
 Nach Beschluß der Friedhof-Kommission dahier sollen die Monumente und Gebeine der Verstorbenen vom alten auf den neuen Kirchhof verbracht werden, wofür bereits die hierzu nötigen Plätze angewiesen sind. Es ergeht nun an alle Diejenigen, welche die Grabmonumente und Gebeine ihrer Angehörigen auf den neuen Gottes-Acker verbringen wollen, die Aufforderung, sich innerhalb 30 Tagen bei dem unterzeichneten Bürgermeisteramt zu melden, woselbst ihnen die weitere nötige Auskunft erteilt werden wird.

Nach Ablauf dieser Frist wird nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden.  
 Stodach, den 4. Mai 1868.  
 Bürgermeisteramt.  
 G. v. Massenbach, Rehholz.

**Sommer, Zahnarzt,**  
 28, Alter-Fischmarkt, Straßburg.  
 Künstliche Zähne und ganze Gebisse in Kautschuk oder Metall. Ausfüllen hoher Zähne mittelst eines Zahn-Cementes, der den natürlichen Zähnen täuschend ähnlich ist. — Mittel gegen Zahnschmerz, ohne Ausziehen. 3.1.375.

**Epileptische Krämpfe.** (Höllische) Specialarzt für Epilepsie Dr. O. Willig, Berlin, Jägerstr. 75, 76. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt. 3.1.178.

**Dienstboten.**  
 3.1.771. Ein solider Gehilfe mit schöner Handschrift, oder ein Notariatspraktikant kann auf 1. Juni d. J. eintreten bei Notar Wasler in Ettlingen.

**Stellegefuch.**  
 3.1.542. Ein Mann von geistigem Alter, der 10 Jahre in einer größeren Cigarren- und Tabakfabrik als Werkführer angestellt war, worüber gute Zeugnisse zu Diensten stehen, sucht unter bescheidenen Ansprüchen wieder eine Stelle. Franturte Offerten besorgt unter O. Nr. 100 die Expedition dieses Blattes.

**Lebensversicherung.**  
 3.1.631. Für eine renommierte Lebensversicherungs-Gesellschaft, deren Generalagentur-Sitz für Baden Karlsruhe ist, werden in den Städten und Ortschaften des Großherzogthums solide und tüchtige Agenten unter für diese vortheilhaften Bedingungen anzustellen gesucht.  
 Bewerber wollen Offerten sub Chiffre P. P. der Expedition dieses Blattes franco einreichen.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.  
**Keine grauen Haare mehr! Melanogène**  
 von Diouquemare aîné in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 39.  
 Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.  
 Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. 3.1.525.

3.1.768. **Carl Arleth,**  
 Großh. Hoflieferant in Karlsruhe, empfiehlt eine frisch angelommene Sendung vorzügliches Lagerbier vom Spaten, ebenso vorzügliches Tafelbier und feinsten Hofbrauhaus-Bier, echt engl. Ale- und Porterbier in 1/2 und 1/4 Flaschen. NB. Lagerbier und Bod in Originalfassern billiger.

**Allgemeine Ausstellung**  
 für  
**die gesammte Frauen-Industrie**

unter  
 dem Protectorat Ihrer Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin von Preußen.

Zulässig zur Ausstellung sind: Alle weiblichen Handarbeiten und geeignete Erzeugnisse bildender Kunst.  
 Anmeldetermin: bis zum 1. Juli a. c.  
 Eröffnung: am 1. October 1868 im Victoria-Bazar, Berlin, Leipziger Straße Nr. 93.  
 Nähere Auskunft über Regeln und Anordnung: ebendasselbst bei Carl Weiß.  
 Preise und Auszeichnungen. Erster Preis: goldene Medaille, verliehen durch Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin von Preußen; zweiter Preis: silberne Medaille durch den Verein.  
 Geschenke zum Besten des Vereins zur Förderung weibl. Erwerbsfähigkeit. 3.1.523.

**Tabak-Versteigerung**  
 zu  
**Karlsruhe**  
 Montag den 15. Juni d. J.

Um mit dem Tabaklager von über 20,000 Zentner der unterzeichneten liquidirenden Gesellschaft aufzuräumen, wird Montag den 15. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, in den Magazinen der Gesellschaft vor dem Friedrichsthor dahier eine Versteigerung stattfinden.  
 Das Lager besteht aus Tabaken jeder Qualität von verschiedenen Jahrgängen vom Jahr 1864 an, darunter auch ausgeripptes Umblatt und Einlage, und ausgerippt gestrichenes Deck.  
 Die Tabake werden in schriftlichen Losabtheilungen ausgeteilt. Proben werden billigt berechnet abgegeben.  
 Näheren Aufschluß erteilt der Liquidations-Kommissar W. Lauter.  
 Karlsruhe, den 6. Mai 1868.  
**Bad. Gesellschaft für Tabak-Produktion und Handel in Liquidation.**

3.1.909. **Gicht-, Hämorrhoiden- und Bleichsuchtkranke**  
 heilt **Dr. J. M. Müller, Specialarzt in Coburg.**  
 Dessen populäre Schriften über Gicht und Hämorrhoiden sind in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlg.** in **Karlsruhe** stets vorräthig. Preis: 12 kr.

3.1.737. **zager von Asphaltirten Dachpappen**  
 aus der Fabrik von Julius Garstjanen in Duisburg, womit sich eine leichte, dennoch völlig dichte, dauerhafte und nicht feuergefährliche Bedachung sehr billig herstellen läßt; und von Asphaltplatten für Isolirzithen, welche bei Neubauten gegen Aufsteigen der Feuchtigkeit jetzt vielfach angewandt werden, unterhält in verschiedenen Größen.  
**H. Sac. Gglinger,**  
 in Mannheim B 2 Nr. 10 1/2.

**Auswanderer- u. Passagier-Beförderung**  
 nach Amerika und andern überseeischen Ländern durch  
**Gundlach & Bärenklau in Mannheim**  
 und deren Herren Bezirksagenten:  
 Julius Bodenweber in Karlsruhe, Aug. Grieg in Durlach, Bal. Sommer in Bruchsal, H. Gd. Pfeiffer in Ettlingen, C. Kopp, Kommissionsrath in Rastatt. 3.1.948.

3.1.747. **Norddeutscher Lloyd.**  
 Regelmäßige Postdampfschiffahrt  
**BREMEN und NEWYORK,**  
 Southampton anlaufend.  
 Von Bremen: Von Newyork:  
 D. Deutschland 21. Mai D. Weser 23. Mai  
 D. Hansa 28. " D. Hermann 30. " 18. Juni  
 D. Bremen 4. Juni D. Anion 6. Juni 25. " 2. Juli  
 D. America 16. Mai 11. " D. Deutschland 13. " 9. " 9. "  
 ferner von Bremen jeden Sonnabend, von Southampton jeden Dienstag, von Newyork jeden Donnerstag.  
 Passage-Preise bis auf Weiteres: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck 50 Thaler Courant incl. Verpflegung. Kinder unter 10 Jahren auf allen Plätzen die Hälfte. Säuglinge 3 Thaler.  
 Fracht 2 Pfd. St. mit 15 % Primage per 40 Kubikfuß Bremer Maße. Ordinaire Güter nach Uebereinkunft.  
**BREMEN und BALTIMORE**  
 Southampton anlaufend.  
 Von Bremen: Von Baltimore:  
 D. Baltimore 1. Juni. D. Baltimore 1. Juli. 1. August.  
 D. Berlin 1. Juli. D. Berlin 1. August. 1. September.  
 ferner von Bremen und Baltimore jeden Ersten, von Southampton jeden Vierten des Monats.  
 Passage-Preise bis auf Weiteres: Kajüte 120 Thaler, Zwischendeck 50 Thaler. Kinder unter 10 Jahren auf allen Plätzen die Hälfte, Säuglinge 3 Thaler.  
 Fracht bis auf Weiteres: 2 Pfd. St. mit 15 % Primage per 40 Kubikfuß Bremer Maße.  
 Nähere Auskunft erteilen sämtliche Passagier-Expediten in Bremen und deren inländische Agenten, sowie  
 Die Direktion des Norddeutschen Lloyd.  
 Grämann, Director. H. Peters, Procurant.

Nähere Auskunft über obige Postdampfer erteilt **J. Stüber, Vorstand** des Centralbureaus des bad. Auswanderungsvereins. 3.1.760.  
 Näheres bei dem Hauptagenten **Hrn. Mich. Wirsching in Mannheim,** und dessen bekannten H. Bezirksagenten. 3.1.773.

3.1.786. **Norddeutscher Lloyd.**  
 Ueberfahrtsverträge für diese Postdampfschiffe schließen ab: **J. M. Vielesfeld, Generalagent in Mannheim, A. Vielesfeld in Karlsruhe, A. Dirsch in Weingarten, A. Streit in Ettlingen, Alex. Levisohn in Bruchsal, Jakob Buttenwieser in Odenheim, Jos. Gaum in Bretten, Fleischer und Ulmann in Eppingen.**  
 Zu Vertragsabschlüssen empfehlen sich die Generalagenten: **Gundlach & Bärenklau in Mannheim; J. Bodenweber, Karlsruhe; A. Grieg, Durlach; Frz. Gd. Pfeiffer, Ettlingen.** 3.1.799.  
 Ueberfahrtsverträge schließen ab: **Zubberger & Delenheinz in Karlsruhe.** 3.1.812.

3.1.700. Rastatt.  
**Zu verkaufen.**  
 Das Gasthaus zur Krone dahier, mitten in der Stadt an der Hauptstraße gelegen, bestehend in einem Höfchen, in

Stein erbauten Hauptgebäude, mit geräumigen Wirtschaftskellern, 1 Tanzsaal, 1 gewölbten und 2 Balkenkellern, großem Oekonomiegebäude, 1 großen Sommerkuchentisch nebst Trinkhalle, Gemüsegarten an der Murgstraße ist unter günstigen Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt das öffentliche Geschäftsbureau von **J. Müller in Rastatt.**

3.1.707. **Wolff & Co.**  
**Kapital auszuleihen.**  
 Bei der Sparcasse **Wolff & Co.** liegen 2000 fl. zum Ausleihen gegen doppelte Versicherung parat, dessen Rückzahlung in Abschlagszahlungen geschehen kann.  
 Die Bewerber haben sich mit legalen Verlagschreibern an Unterfertigten zu wenden.  
**Der Verwaltungsrath.**

**Grundgut,** ein kleineres, mit schönem neuen Wohnungen u. l. w., 1/2 Stunde von Offenau, am Riechhof zu **Heidenbad,** hat billig zu verkaufen  
 3.1.783. **Jgn. Stehr.**

**Kaufgesuch.** 3.1.773. In der Nähe von Karlsruhe wird ein Grundgut mit schönem Wohnhaus zu kaufen gesucht durch das Kommissionsbureau von **R. Arbanell in Heidelberg.**

3.1.786. **Carl Arleth,**  
 Großh. Hoflieferant in Karlsruhe, empfiehlt zu den schon frisch eingetroffenen **Selterer, Emser Kränchen, Friedrichshaller Bitterwasser** noch  
 frisches **Rangenbrüder Schwefel, Rippoldsbauer, Griesbacher, Petershaller, Antogaster Wasser, Freiersbacher,**  
 sowie feinste Limonade gezeuse in 1/2 und 1/4 Flaschen künstl. Soda- und Selterer Wasser und Soda-Wasser in Syphons.

3.1.782. **Gottesau.**  
**Pferdeversteigerung.**  
 Dienstag den 12. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden in diesseitigem Kasernenhofe  
 4 verstellte gewesene Dienstpferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.  
 Gottesau, den 8. Mai 1868.  
 Verrechnung des Großh. Feld-Artillerieregiments.

3.1.789. **Karlsruhe (Bekanntmachung.)**  
 Die Ehefrau des Bäckers Zacharias Holz Müller, jung, Katharina, geb. Lutz, in Weingarten, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabschöpfung erhoben. Zur Verhandlung hierüber ist Tagfahrt auf Montag den 15. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr, anberaumt; was anmit zur Kenntniß der Gläubiger des Verklagten gebracht wird.  
 Karlsruhe, den 7. Mai 1868.  
 Großh. Kreis- und Hofgericht, I. Civilkammer. **S. Gerger.**

3.1.776. Nr. 1971. **Heidelberg (Öffentliche Ladung.)** J. A. E. gegen Ludwig Kallischmidt von Reichartshausen wegen Defraudation der Fidejuciaratskassacasse wird der städtische Angeklagte Ludwig Kallischmidt von Reichartshausen mit Bezug auf das ihm öffentlich verkündete Verweigerungserkenntniß der Reichs- und Anklagekammer vom 18. Februar d. J. aufgefordert, in der zur öffentl. mündlichen Hauptverhandlung auf Donnerstag den 28. Mai d. J., früh 8 Uhr, im Kreisgerichtgebäude zu Heidelberg anberaumten Tagfahrt zu erscheinen, wobei ihm bemerkt wird, daß er sich 14 Tage vorher bei Großh. Amtsgericht Reichartshausen zu stellen hat.  
 Heidelberg, den 5. Mai 1868.  
 Großh. Kreis- und Hofgericht Mannheim. **Strafammer, Abtheilung Heidelberg.**  
 Der Verordnende: **O. B. K. H. v. Bestold.**

3.1.772. Nr. 775. **Baden (Erledigte Despotistenstelle.)** Bei diesseitiger Verrechnung kommt die Despotistenstelle mit einem jährlichen Gehalte von 400 fl. in Erledigung und ist baldmöglichst, längstens aber innerhalb drei Monaten, wieder zu besetzen. Bewerber um dieselbe wollen sich unter Anschluß der Zeugnisse baldmöglichst melden.  
 Baden, den 29. April 1868.  
 Großh. Domänenverwaltung.  
**S. Edel.**

3.1.778. Nr. 1360. **Bruchsal (Erledigte Stelle.)** Durch Beförderung anderer ersten Gehilfen ist dessen Stelle erledigt und soll möglichst bald wieder besetzt werden.  
 Wir setzen baldigen Bewerbungen entgegen.  
 Bruchsal, den 8. Mai 1868.  
 Großh. Domänenverwaltung.  
**S. Edel.**

3.1.787. **Bruchsal (Erledigte Gehilfenstelle.)** Unsere 1te Gehilfenstelle soll sogleich wieder besetzt werden, und wird daher hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.  
 Bruchsal, den 9. Mai 1868.  
 Großh. Obereinnehmeramt.

3.1.508. Nr. 5342. **Rastatt (Erledigte Aftuarsstelle.)** Auf 1. August d. J. ist daher eine Aftuarsstelle mit 450 — 480 fl. Gehalt und circa 40 fl. Nebenentlohnung erledigt.  
 Bewerber (mit Ausnahme von Rechtspraktikanten) werden zur Anmeldung eingeladen. Man sieht insbesondere auf eine schöne, gewandte Handschrift.  
 Rastatt, den 1. Mai 1868.  
 Großh. bad. Amtsgericht. **Reich.**

(Mit einer Beilage: „Badische Chronik Nr. 17“ und einer Anzeigenbeilage.)